

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

79. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. Juni 1998, 10:00 Uhr

im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Uwe Döring (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Vertretung von Monika Heinold

Weitere Abgeordnete

Heinz-Werner Arens (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1496	
2. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages
zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1496

(überwiesen mit Schreiben des Landtagspräsidenten vom 10. Juni 1998 gemäß § 29 der Geschäftsordnung, Umdruck 14/2050 - neu -)

Änderungsanträge der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 14/2094 und 14/2102

hierzu: Schreiben des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik e. V.
Umdrucke 14/1923, 14/2091 und 14/2101

Zu § 2

Der Ausschuß folgt nach kurzer Diskussion dem Antrag des Abg. Döring, dem Finanzausschuß zum Zeitpunkt der Kapitalherabsetzung einen umfassenden Bericht zu geben.

Zu § 3

Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt Ang. Dr. Traulsen mit, durch diese Bestimmung erhielten die Hochschulen die Möglichkeit, diejenigen Beträge, die sie in diesem Jahr einsparen, im nächsten Jahr als Ausgabereste zur Verfügung zu haben.

P Dr. Korthals macht darauf aufmerksam, daß die Hochschulen damit praktisch „freie Hand“ hätten, Ausgabereste zu bilden und sie mehr oder weniger ohne nennenswerte Kontrolle des Finanzministers zu realisieren.

St Dr. Lohmann erläutert den Unterschied zwischen Ausgaberesten und Rücklagen und betont, daß die Hochschulen mit dem Instrument der Flexibilisierung zu erstaunlichen und für ihn nicht erwarteten Sparanstrengungen angeregt worden seien; mit der zur Diskussion stehenden Bestimmung sollen die Hochschulen weiterhin zu wirtschaftlichem Verhalten motiviert werden.

Abg. Döring merkt an, daß diese Motivation sicherlich von jedem unterstützt werde, daß aber das Haushaltsrecht korrekt angewandt werden müsse. So wäre die unabdingbare haushaltsrechtliche Absicherung dadurch gegeben, daß an die Stelle des Wortes „Ausgabereste“ der Ausdruck „Rücklagen“ trete oder daß die Bildung von Ausgaberesten von der Einwilligung des Finanzministers abhängig gemacht werde.

Der Vorsitzende greift eine Bemerkung von St Dr. Lohmann auf und regt an, das Wort „ohne“ durch den Ausdruck „mit“ zu ersetzen. - Einstimmig beschließt der Ausschuß in diesem Sinne.

Zu Epl 02

P Dr. Korthals merkt an, daß sich der Landesrechnungshof in der Vergangenheit stets in geeigneter Weise an Sparaktionen beteiligt habe, und kündigt an, auch 1998 im Vollzug des Haushalts seinen Beitrag zu erbringen.

Zu Epl 04

0407-641 62, Kosten der Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Abg. Stritzl bittet, den Rückgang der Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, der zu einer Reduzierung des Ansatzes geführt habe, schriftlich darzustellen.

Zu Epl 05

0509-111 05, Gebühren und Auslagen

Abg. Stritzl bittet um eine schriftliche Erläuterung.

Zu Epl 07

0705-MG 02, Förderung von Träger von Weiterbildungseinrichtungen

St Köster verweist auf die Erläuterungen, wonach „eine Freigabe der mit 25 % gesperrten Einzelansätze ... durch den Bildungs- und den Finanzausschuß bis zum 30.06.1998“ erfolge und daß „bis zu diesem Zeitpunkt ... dem Bildungs- und dem Finanzausschuß ein Gesamtkonzept bezüglich der Perspektiven der einzelnen Bildungseinrichtungen und die zukünftige Profil- und Schwerpunktbildung sowie den künftigen Eigenfinanzierungsanteil der Akademien in Schleswig-Holstein zu unterbreiten“ sei. Sie bittet, die Eckdaten für ein derartiges Konzept nunmehr mündlich vortragen zu dürfen, um den damit befaßten Gruppen ein zielgerichtetes Weiterarbeiten zu ermöglichen.

Abg. Neugebauer hält es für erforderlich, daß der nicht ohne Grund angeforderte Bericht über die Konzeption in Schriftform vorgelegt wird. Abg. Döring merkt an, daß die Freigabe der mit 25 % gesperrten Einzelansätze an den Termin für die Vorlage eines Konzeptes gekoppelt sei, und stellt heraus, daß dies seit Verabschiedung des Haushalts 1998 bekannt sei. Er bittet, den Bericht in Schriftform vorzulegen. Abg. Stritzl schließt sich der Haltung seiner Vorredner an.

0710, Allgemeine Bewilligungen Schulen

Abg. Döring spricht sich dafür aus, vom Haushalt 1999 an die Zuschüsse für die betreute Grundschule von den Leistungen für stundenweise zu erteilenden Unterricht zu trennen.

0710-233 58, Anteil des Landes an den Elternbeiträgen für Vorklassenkinder an öffentlichen Schulen

Abg. Stritzl bitte um eine schriftliche Erläuterung und eine Begründung für die Erhöhung des Ansatzes.

Zu Epl 09**0901-686 01, Zuschüsse für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit**

Abg. Stritzl bittet um Vorlage einer aktuellen Liste der Bewilligungen unter Angabe der Projekte sowie der Beträge.

* * * * *

Die **Änderungsanträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, Umdrucke 14/2094 und 14/2102, werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU angenommen. Die Stimmenthaltung begründet Abg. Stritzl mit dem Umstand, daß die Änderungsanträge als Tischvorlage vorgelegt worden seien, so daß der CDU die zur Beratung notwendige Zeit nicht zur Verfügung gestanden habe.

Der **Nachtragshaushalt** wird in der Fassung der Regierungsvorlage mit den Änderungsanträgen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Einschluß des § 3 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende teilt mit, aus Zeitgründen sehe er sich erst während der Juli-Tagung in der Lage, mit den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen das angekündigte Gespräch über ein **Konzept für die bauliche Sanierung des Landeshauses** zu führen; das Ergebnis werde er dem Finanzausschuß in der nächsten Sitzung mitteilen.
- b) Der Vorsitzende schlägt vor, das Gespräch über die **Zukunft des Abgeordnetensymposiums** aus Zeitgründen nicht heute zu führen, sondern auf den 2. Juli 1998 - im Anschluß an die 80. Sitzung des Finanzausschusses - zu vertagen. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer